PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 16. Januar 1918 | direkt beim Verlage für 6.— Mk. vierteljährlich.

Sombarts „Kapitalismus."

Von Carl Brinkmann.

Es liegt etwas Zwiespältiges in der Art, wie Werner Sombart sein großes, neues Werk einer „Historisch-systematischen Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart" als zweite, neugearbeitete Auflage des berühmten Buches über den modernen Kapitalismus einführt. Dem Stoff nach, hat er selbst berechnet, deckt sich die neue Arbeit nur zu einem Zehntel mit der alten. Aber es ist gleich zu sagen, daß auch die Form und sogar das Problem sich gegen früher nicht unwesentlich verschoben haben. Der alte „Kapitalismus" eröffnete die Reihe von Sonderstudien, in denen Sombart einzelne Seiten der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung für sich untersuchte; wie später die Bedeutung der Juden, des Krieges, des Luxus, des bourgeoisen Geistes, hatte er dort die der alten sozialistischen Doktorfrage nach der ersten Akkumulation für diese Entwicklung erforscht und war bekanntlich dazu gekommen, der Ansammlung städtischer und ländlicher Grundrente ein entscheidendes Gewicht beizulegen. Diese Behauptung hatte damals nach zwei Seiten großen Anstoß erregt. Einmal ärgerte sie die Historiker durch die Verneinung einer Reihe herkömmlicher und natürlicher Ansichten, namentlich jedes beträchtlicheren Ausmaßes des mittelalterlichen Gewerbes und Handels. Sodann mißfiel sie aber auch der herrschenden Volkswirtschaftslehre dadurch, daß sie, auf alle Fälle mittelbar, die weltbewegenden Leistungen des Kapitalismus aus einer fremden Kraftquelle ableitete. Heute behandelt Sombart diese heißumstrittene Frage auf kleinstem Raum als ein Teilproblem neben den übrigen genannten und vielen andern. Aus einem theoretischen Buch mit historischer Pointe ist ein historisches Buch mit theoretischer Pointe geworden. Der Wunsch des Verfassers ist, „daß der tiefste Eindruck, der beim Leser nach dem Studium meines Werkes zurückbleibt, die lebendige Empfindung des ungeheuren Reichtums von Problemen sei, der in den Worten: Entstehung des modernen Kapitalismus eingeschlossen ist".

Von dem üblichen Einteilungsschema theoretischer und praktischer Nationalökonomie steht dieser Plan abseits, und man merkt, daß der Autor aus einem und demselben Grund an beiden kein Genügen findet. „Handelskammersekretär = Nationalökonomie" ist ihm seit den englischen Klassikern eigentlich die überlieferte Methode sowohl der Wirtschaftspolitik als der Wirtschaftstheorie. Nichtsdestoweniger ist bekanntlich aus Sombarts Seminar an der Berliner Handelshochschule wenigstens mittelbar die jüngste Ausweitung wirtschaftlicher Theorie und Praxis zugleich, die Privatwirtschaftslehre, hervorgegangen. Und ganz allgemein bleibt sein „System" von größter Bedeutung selbst für den Gegner oder Bezweifler seiner Hauptüberzeugung, „daß alle Abstraktionen und Isolierungen (der theoretischen Nationalökonomie) nur einen Sinn im Rahmen eines nach historischen Merkmalen abgegrenzten Wirtschaftssystems haben." Denn was heißt im Grunde hier „historisch"? Man lese eins der schönsten und wissenschaftlich wertvollsten Kapitel der Neuauflage, das über Geldwert und Preis, wo Sombarts genialste Fähigkeit, gerade das theoretisch Verwickelte ganz schlicht und sinnlich zu sehen und zu sagen, die Rolle der Edelmetalle im Wirtschaftskreislauf, ihren reinen Nachfragecharakter und das Verhältnis ihrer Produktionsbedingungen zu allen übrigen Produktionssphären, völlig neu verständlich macht: Das ist doch gewiß nicht bloß eine Theorie des Metallgeldes etwa für das geschichtliche Europa seit der Entdeckung Amerikas, sondern man kann von der besonderen Erfahrung der frühkapitalistischen Preiskrisen, ja von der metallischen Natur des Zahlungsmittels überhaupt „abstrahiert" haben und immer noch eine gültige Erklärung für die Eigenart der „Geld"-Ware schlechthin in der Hand behalten. Ob Sombart Recht hat, (sei es aus Bescheidenheit oder Vorsicht) seine Leistung in bezug auf das Feldgeschrei: Historisch oder Theoretisch mit dem „Durchschnitt aller Forscher seiner Generation" gleichzusetzen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Von dem Verfahren der im engeren Sinn

sogen. historischen Schule der Nationalökonomie unterscheidet sich (besonders in der Neuauflage) das seine vornehmlich dadurch, daß es mit weniger Ehrgeiz mehr erreicht: Jene verspricht leider nur zu oft auf theoretische Fragen Antworten, die sich nachher als bloße Geschichtserzählungen zu erkennen geben. Sombart lehnt schon von vornherein durch Gliederung und Benennung seiner Probleme solche Versprechungen ab, aber wer mit ihm auf die historische Wanderung geht, sieht sich an allen wesentlichen Haltepunkten aus der Wechselwirkung vergangner und gegenwärtiger Anschauungen plötzlich vor Zielen des theoretischen Denkens angelangt.

Die beiden bis jetzt erschienenen Bände behandeln im Gegensatz zum vierten, der dem reifen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts vorbehalten ist, die vorkapitalistische und die frühkapitalistische Wirtschaft. Das heißt zunächst geschichtlich: Mittelalter und frühe Neuzeit. Sachlich aber, und es ist Sombarts entscheidendes Verdienst das gezeigt zu haben, heißt es viel mehr und für den heutigen Wirtschaftsmenschen Wichtigeres. Mittelalterliche Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftsgliederung sind nicht durchaus etwas Vergangenes, sondern reichen allenthalben über die Jahrhunderte mitten in den Hochkapitalismus der Gegenwart hinein. Sie sind da nicht einmal, das wird in der Neuauflage jetzt ganz deutlich, notwendig etwas Totes oder Schädliches oder nur ästhetisch Ehrwürdiges. Sombart ist früher vielfach so verstanden worden. Wenn er die auch von anderen Historikern gemachten Betrachtungen über die Wichtigkeit der vorkapitalistischen Handels- und Gewerbeleistungen vertiefte und zum polaren Gegenbild des kapitalistischen Geistes zusammenfügte, empörten sich wohl die Liebhaber des Mittelalters über die vermeintliche Geringschätzung. Ebenso nahe lag es, wenn er den Begriff des Handwerks als vollkommenen Gegensatz des Kapitalismus entwickelte, darin mittelstandsfeindliche Ueberhebung großbetrieblicher Herrlichkeit zu wittern. Dem Leser der Neuauflage braucht solche Mißverständnisse niemand mehr auszureden. Dem „innigen Nacherleben", das der Historiker Sombart sich vorsetzt, erschließt sich so viel und reicher als irgendeiner mittelalterlichen „Kulturgeschichte" die Größe der Zeiten, deren eigentümliche ökonomische Beschränktheit nur halb der Wirklichkeit ihrer materiellen Kräfte und ebenso gut der Hoheit und Weisheit ihrer in sich selbst ruhenden Weltauffassung zu entspringen scheint. Und der Theoretiker erkennt neben den passiven Seiten der traditionell bestimmten und lediglich auf Selbsterhaltung, Bedarfsdeckung, „Nahrung" gerichteten Wirtschaftsführung die menschliche, persönliche, sittliche Ueberlegenheit des „Handwerklichen", dessen System und Gesinnung lange vor den städtischen Zünften die ursprüngliche Schöpfung der ländlichen Dorf- und Flurgemeinschaften war; denn, wie er mit wundervoll intuitiver Prägnanz sagt, „das System handwerksmäßigen Schaffens ist nichts anderes als die Uebertragung der Hufenverfassung auf gewerbliche Verhältnisse."

Der Hauptton des Werkes aber ruht wehmütig-spöttisch oder hingerissen schon in den Vor- und Frühperioden natürlich auf der Summe der revolutionären Elemente, die diese mittelalterliche Welt von damals an und noch heute fortdauernd in ihr Gegenteil verkehren. Bei anderen neueren Versuchen, die europäische Wirtschaftsgeschichte zu gliedern, ist gelegentlich die Ansicht geäußert worden, der beherrschende Zug eines ökonomischen Zeitalters liege in der Richtung seiner fortschrittlichsten Strömungen. Man muß inne geworden sein, daß das Umgekehrte die Wahrheit ist, um Sombarts Unternehmen voll zu würdigen. Ueber Zustände und ihre Merkmale zu streiten ist im allgemeinen nicht schwer; jedes Memorierbuch mag das mit einigen Schlagworten besorgen. Erst der kann die Probe auf seine Zustandsschilderungen machen, der sie lückenlos und einsichtig auseinander hervorgehen läßt. Bei einer solchen Forschung nach den Ursachen der Veränderung ist um eine gewisse Vollständigkeit wenigstens grundsätzlich nicht herumzukommen. Aber auch eine vergleichende Größenschätzung wird die Aufzählung nicht wohl entbehren können. Jene erste Anforderung scheint Sombart mir sehr gut, diese zweite weniger zu befriedigen.

Zwei große Massen wirtschaftlicher Spannungsverhältnisse sieht man bei ihm aus der Beharrung mittelalterlicher Wirtschaftskreise aufsteigen und sich zusammenballen, bis bei einer bestimmten Temperatur der allgemeinen gesellschaftlichen Umgebung der kapitalistische Funke zwischen ihnen sich entzündet. Die eine dieser Massen ist die Steigerung von Bedarf und Nachfrage, der Menge nach in den wachsenden Städten und andern einheitlich versorgten Menschenkonglomeraten, wie namentlich den stehenden Heeren, der Art nach in dem Luxus alter und neuer Herrenklassen, der aus der Völlerei der Naturalwirtschaft und der fast republikanischen Gemeinschaftskunst von Kirche und Staat des Mittelalters zum persönlichen Lebensgenuß aller Sinne und Nerven strebt. Die andere Masse bilden die aus den immer undichteren Fugen der „Nahrungs"-Wirtschaft abgelagerten und freigesetzten Kapital- und Arbeitskräfte. Davon kommen jedenfalls die ersteren bei Sombart zu materiell und geistig gleich erschöpfender Darstellung. Die glänzende Analyse, in der schon der „Bourgeois" die Abenteurer- und die Krämerhälfte des Kapitalisten geschieden und wieder vermählt hatte, findet hier ihre Entsprechung in einer Quellenkunde der kapitalistischen, d. h. wirtschaftlich und nicht mehr bloß sozial wirkenden Reichtumsbildung, die zu den Höhen des ganzen Werks gerechnet werden muß. Daß dabei die mittelbare oder unmittelbare physische Gewalt besonders in dem „Zwangshandel" der Europäer mit den Kolonialvölkern eine der größten Rollen spielte und bis auf den heutigen Tag spielt, ist unendlich bezeichnend für das Maß vorkapitalistischer Hilfsvorgänge, die anscheinend der Kapitalismus während seines ganzen Verlaufs an den Rändern seines Systems voraussetzt. Wie die „Zivilisation" der frühen Neuzeit auf den unerhörten Geheimnissen der indi-

schen und afrikanischen Uebersee, erhebt sich ja heute umgekehrt die Freiheitsstatue des amerikanischen Wunderlandes auf den ausgeschiedenen Menschentrümmern der alten Welt.

Das bringt mich aber auf das schon angedeutete Bedenken gegen das Augenmaß von Sombarts Aetiologie des Kapitalismus: Von seiner zweiten großen Zwangsgrundlage, dem kapitalistischen Arbeitsmarkt und seiner Entstehung handelt im ersten vorkapitalistischen Bande ein ganz knapper und nicht einmal sehr charakteristischer, im frühkapitalistischen Bande überhaupt kein besonderer Abschnitt. Namentlich die Anlage dieses zweiten Bandes läßt auch erkennen, woran das liegt. Vielleicht aus der Natur seiner geschichtlichen Quellen heraus, die begreiflicherweise die der allgemeinen Gesellschaft, dem Konsumenten zugewandte Seite des Wirtschaftslebens in das hellere Licht setzen, vielleicht auch aus gewissen Affinitäten seiner Persönlichkeit beschäftigt sich Sombart nicht selten bis zur Ausschließlichkeit überwiegend mit dem kapitalistischen Handel und Verkehr und streift die grundlegenden Verhältnisse der Produktion nur von dort aus. Damit geht ihm aber nicht nur eine Fülle belangreichsten Stoffs verloren: Das eigentümliche System frühkapitalistischer Landwirtschaft mit Afterpacht und Teilpacht hätte wohl schon deshalb hier seine (noch niemals unternommene) Gesamtdarstellung finden können, weil es noch heute die vorherrschende Wirtschaftsform des ganzen europäischen Südens ist, und auch eine eigne Behandlung der frühen „Verleger“- und Hausgewerbe hätte man Sombarts Feder nicht bloß ihrer persönlichen Vorzüge wegen schon hier gern verdankt. Mir will scheinen, er sieht die Ahnen des kapitalistischen Arbeiters viel zu sehr mit den Augen der frühkapitalistischen Wirtschaftstheoretiker als Menschen, die aus ihrer handwerklichen Beschaulichkeit zu den fertigen Unternehmungen der neuen Arbeitgeber erst mühsam herangeholt werden mußten, statt diese subjektiv notwendige (und in der Tat noch gegenwärtig in „unwickelten“ Ländern überall wiederholte) Betrachtungsweise durch die Ueberlegung zu ergänzen, daß an unzähligen andern Stellen auf dem entgegengesetzten Weg der Zerfall ländlicher und städtischer Gemeinwirtschaft eine „Reservearmee“ ehemaliger Selbständiger und überschüssigen Nachwuchses die ungeborenen Industrien erwarten, deren Geburt mit ihrem Andrang beschleunigen ließ. Sombart bezieht merklich genug auch Karl Marx in die Verdammnis der „Handelskammersekretär-Nationalökonomie“ mit ein. Hier ist ein Punkt, wo auf alle Fälle der „Kapitalismus“ das „Kapital“ nicht überholt hat.

Ich sprach vorhin von den Temperaturbedingungen des kapitalistischen Blitzes. Als solche allgemeine, außerwirtschaftliche Voraussetzungen der kapitalistischen Entwicklung faßt Sombart drei große Einflüsse auf: den Staat, die Technik und die Edelmetallproduktion. Daß diese letzte einen aus dem untersuchten Prozeß nicht wegzudenkenden Faktor bilde, kennt man als eine Grundanschauung, die auch seine früheren Bücher durchzieht und dort der Wissenschaft so wertvolle Beiträge geschenkt hat, wie den des „Bourgeois“ über die Abflußwege der spanischen Edelmetalle in die kapitalistischen Führerländer. Und auch wer verwundert fragt, ob denn wirklich die späteren kapitalistischen Erweckungen aller Weltteile sämtlich mit von diesem einmaligen geschichtlichen „Zufall“ gelebt haben sollten, wird mit einer so rein theoretischen Ueberzeugung nicht rechten wollen, wo eben nur die richtige (und großartige) Darstellung dieses einmaligen Geschehnisses zur Erörterung steht. Daß sodann gerade der Staat und die Technik als die kapitalistischen Beherrscher und Bezwinger in der Mitte stehen bleiben, wird eine spätere Wirtschaftsgeschichte vielleicht einmal als echtesten Typus neudeutschen Wirtschaftsgeistes ansprechen — um so verständlicher wird es dem zeitgenössischen Wirtschaftspraktiker sein, der von den Quellen der neueren Verwaltungsgeschichte und der technischen Fachliteratur ziemlich abgeschnitten, seine wichtigsten Lebensinteressen künftig nicht mehr bloß zerstreut an der Hand des Konversationslexikons und (schlechter) populärer Zusammenfassungen in die Vergangenheit zu verfolgen braucht. Der partikularistisch-preußischen Wirtschaftsgeschichte der Schmollerschule tritt hier ein etwas kühlerer und weltläufigerer Geistesverwandter ergänzend und für weite Kreise gewiß vermittelnd zur Seite. An den Brennpunkten der Forschung staatlicher und technischer Einwirkungen, etwa in den Kapiteln über Geldwesen, Verkehrsordnung, Handels- und Gewerberecht, ist selbst der Kenner Sombartscher Methodik immer wieder überrascht und entzückt von der spielenden Durchleuchtung totgehetzter Stoffe und Probleme.

Den zweiten Band liebe ich ganz besonders. Er ist die bisher bedeutendste Vorarbeit zu der großen Geschichte des Barockzeitalters europäischer Lebensformen, von der wohl jeder geschichtlich Denkende schon geträumt hat. Aber zugleich hat er in den Uebergängen zum 19. Jahrhundert etwas altväterisch Zartes und Trauliches wie ein romantischer Roman; zu den schönsten Stellen gehören Auszüge aus einer handschriftlichen Lebensbeschreibung von Sombarts Vater. Denn je näher die Darstellung den uns gewohnten Wirtschaftszuständen tückt, desto mehr wird doch auch der Abstand der frühen Formen des Kapitalismus von den reifen bewußt. Ich sehe voraus, daß in vielen Punkten Sombart auch hier wieder der Verkleinerung der Vergangenheit angeklagt werden wird, wo seine Absicht wieder lediglich ist, gewissenhaft zu unterscheiden und gerade dadurch lieben zu lehren. Wesentliche Züge möchte ich für einwandfrei festgestellt halten: Die berühmten Vorfahren der heutigen Börse im 17. und 18. Jahrhundert z. B. waren ganz überwiegend mehr ständige Warenmessen als Effekten- und Probenmärkte mit massenhaftem Lieferungsgeschäft, spekulierten fast ausschließlich auf Hausse, vermittelten Kreditwechsel statt Warenwechsel zu handeln; dementsprechend gab es damals bankmäßigen Diskont wesentlich nur in England. Oder: Die Entwicklung der Geschäftsanzeige im Zeitungs-

wesen des Frühkapitalismus bleibt nicht nur dem Grade, sondern auch der Art nach jenseits ihrer heutigen, versachlichten und rationalisierten Begriffs; diese alte Annonce will nicht statistisch Mengen gleichartiger Angebote und Nachfragen, sondern immer nur individuell Sonder- und Ausnahmefälle von beiden zur Deckung bringen (auch die damalige Reklame, hätte Sombart hinzufügen können, will die persönliche und denkende, nicht wie die moderne Reklame die unwillkürlich assoziative Aufmerksamkeit erregen). Man sieht, in diesem Wirtschaftssystem ist der Mensch mit seiner Schwäche und Stärke, Tradition und Persönlichkeit, Zufälligkeit und Ehrlichkeit noch nicht von seiner zentralen Stellung abgesetzt. Aber es ist die aller Erinnerungen und Möglichkeiten volle Dämmerung zwischen zwei Welten. Besser als jemals vorbereitet werden wir mit Sombart in der neuen, unsrigen uns selbst erkennen lernen.

Uebergangswirtschaft.

XVIII*).

Schon in den letzten Jahren der Friedenswirtschaft hatte sich aus der selbständigen und vollkommen unorganisierten Wirtschaft früherer Jahre auf dem Wege freiwilliger Selbstbeschränkung der Gewerbetreibenden eine Fülle von organisatorischen Gebilden herausentwickelt. In der Großindustrie spielten auf dem Gebiet der Rohstofferzeugung und der Herstellung von Halbfabrikaten die Kartelle eine große Rolle. Diesen ausgesprochenen Produzentenorganisationen traten Zusammenfassungen der Rohstoffverbraucher gegenüber. Die Verbraucherorganisationen, die den Charakter von Einkaufsvereinen trugen, waren vielfach in ihren Befugnissen geteilt. Sie stellten auf der einen Seite Organisationen gegen die Rohstoffsyndikate, auf der anderen Seite aber Schutzvereine geggen die Abnehmer des weiter verarbeiteten Rohstoffes dar. Und wo die Hersteller von Fertigfabrikaten nicht bereits in ihrer Einkaufsvereinigung auch gegenüber dem Abnehmer organisiert waren, da fügten sie der Rohstofforganisation sicherlich gegen die Abnehmer gerichtete Preiskonventionen hinzu. Es war jedenfalls der Zustand vor dem Kriege der, daß es kaum eine wichtigere Branche mehr gab, die nicht in einer Organisation zusammengefaßt war. In denjenigen Geschäftszweigen, die für die Wirtschaft ausschlaggebende Bedeutung hatten, war das Organisationsnetz, angefangen von der Organisation der Kohlen- und Eisenproduzenten bis zur Preisinteressengemeinschaft der Damenmäntelfabrikanten oder der Maschinen- und Apparatefabriken, ganz dichtmaschig nach allen Seiten hin ausgebreitet. An diese freiwilligen Organisationen der Friedenszeit, die heute bereits als vollkommen festgefügt und einflußnehmend auf die gesamte Wirtschaft gelten können, wird die Uebergangswirtschaft anzuknüpfen haben. Denn der lebensfähige Grundgedanke all dieser Organisationen ist es, die Wirtschaft zu regulieren, ohne dabei jedoch die Grundgesetze alles privaten Wirtschaftens aufzugeben: Die treibende Kraft des Privatinteresses und der Verbesserung der Technik. Der Staat braucht mithin bei einer Neuordnung der Wirtschaft die Regulierung nicht mehr selbst durchzuführen, sondern er kann an das anknüpfen und er kann das weiter benutzen, was die Industrie in Verbindung mit dem Handel auf diesem Gebiete bereits selbst geschaffen hat. Er braucht nur dafür zu sorgen, daß diese Grundprinzipien der Organisation in Zukunft noch schärfer und folgerichtiger durchgeführt werden, und er muß andererseits darüber wachen, daß aus der straffen Durchführung des Organisationsgedankens keine Ausbeutung und Ausraubung der benachbarten Erwerbszweige entstehen kann. Zum letzten Zweck muß der Staat die Bildung jeder Organisation der staatlichen Genehmigung unterstellen. Er muß ferner bestimmte Normen für die Geschäftsbedingungen, die Verfassungen und die Geschäftsordnungen festlegen und sich ein Ueberwachungsrecht über die Geschäftsgebarung der Organisationen einräumen. Wenn er so auf der einen Seite die Tätigkeit der Organisationen dem allgemeinen Interesse anzufügen vermag, so kann er andererseits ohne Sorge, daß etwa daraus Härten entstehen können, die wirklich konsequente Durchführung der Organisationsidee anstreben. Zunächst rechne ich darunter die Ausgestaltung der bisherigen freiwilligen Organisationen zu Zwangsveranstaltungen. Genau so, wie heute jeder ins Handelsregister eingetragene Fabrikant zwangsweise einer Handelskammer anzugehören hat und jede Fabrikstätte der Krankenkasse und der Berufsgenossenschaft beitreten muß, wird in Zukunft jeder Kaufmann und jeder Fabrikant der Zwangsorganisation eines Berufszweiges angehören müssen.

Dieser Ausblick veranlaßt mich, ein paar Worte über die ethische Bedeutung des Organisationsgedankens hier einzufügen. Jede Wirtschaftsepoche hat ihre Wirtschaftsethik. Eine Ethik, die vollkommen abhängig ist von den praktischen Nützlichkeitsgesichtspunkten, die in der Mehrheit der einzelnen Wirtschaftskreise sich durchringen. In der Zeit des unumschränkten Manchestertums herrschte der ethische Grundsatz der absoluten Freiheit wirtschaftlicher Betätigung. Man nahm an, daß der Gegensatz der verschiedenen Interessen sich letzten Endes dadurch harmonisch auflöste, daß jeder nach

*) Siehe Plutus 1917 Seite 226, 252, 280, 290, 323, 345, 363, 388, 411, 455, 473, 484, 497, 513, 524, 1918 Seite 9 ff.

Kräften sein eigenes Interesse wahrnahm. Die dadurch entfesselte Konkurrenz, das „freie Spiel der Kräfte", mußte schließlich nach der Auffassung jener Tage ein Durchschnittsmaß wirklicher Glückseligkeit herstellen, durch das dem allgemeinen Interesse am besten gedient war. Die Auffassung, die darin zum Ausdruck kam, war von der Grundanschauung diktiert, daß die Volkswirtschaft in erster Linie der Befriedigung des menschlichen Bedarfs diente. Durch die freie Konkurrenz — sowohl zwischen den einzelnen Ländern, als auch zwischen den einzelnen Produktionsstätten innerhalb desselben Landes — glaubte man die denkbar wohlfeilste Deckung des Bedarfes der Verbraucher zu erzielen. Man ging dabei eben immer im wesentlichen vom Verbraucher aus und konstruierte sich die Einteilung eines Volkes in Güterverbraucher und Güterhersteller derart, daß man die große Mehrzahl eines Volkes als Verbraucher und eine kleine Mehrheit als Hersteller interessiert ansah. Daß die allergrößte Zahl von Verbrauchern auch an der Herstellung der Güter interessiert war, übersah man wohl nicht, aber man maß dem lange Zeit eine geringe Bedeutung bei; denn man glaubte an ein automatisches Zusammenwirken von Konsum und Beteiligung der Konsumenten am Produktionsprozeß. Stiegen die Löhne, wuchs mithin der Anteil der Konsumenten am Produktionsgewinn, so machte sich gleichzeitig nach jener Auffassung eine Steigerung der Bedarfsartikel geltend. Und wenn umgekehrt die wichtigsten Bedarfsartikel im Preise stiegen, wenn mithin der bezahlte Lohn langsam auf einen mittleren Stand kam, so mußten die Nominallöhne so weit steigen, bis ungefähr der alte Reallohn wieder erreicht war. Aus diesem Grundgedanken entstand das eherne Lohngesetz, nach dem der Lohn des Arbeiters immer um die Selbsterhaltungskosten der Arbeitskraft herumpendelte.

Nahm man das eherne Lohngesetz als richtig an, so mußte man folgerichtig den wohlfeilen Warenbezug als das Grunderfordernis des wirtschaftlichen Wohlerlehens ansehen. Denn steigende Preise für wichtige Bedarfsartikel erhöhten den Arbeitslohn und bewirkten damit eine Verteuerung der Produktionskosten, die sich in eine allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel festsetzten und damit das Realeinkommen aller Verbraucher verminderten. Billige Preise der Lebensmittel und lebenswichtigen Waren kamen zwar den Arbeitern und Angestellten auch nicht zugute; denn sie wurden durch Lohnsenkungen wieder wettgemacht. Aber alle diejenigen, die auf ein festes Einkommen angewiesen waren, standen sich gut dabei, weil ihr Realeinkommen sich nicht verminderte, sondern eher erhöhte. Erst langsam und ganz allmählich verlor das eherne Lohngesetz an Ansehen. Es dauerte ziemlich lange, bis sich in den Arbeiterkreisen die Auffassung durchrang, daß sich durch die Wirkung der Gewerkschaften sehr wohl der Lohn in höherem Maße heben konnte, als es der Verteuerung der Lebenshaltung entsprach, und daß andererseits die Herabdrückung des Lohns bis auf die völlige Wettmachung der Verbilligung der Lebenshaltung durch den Zusammenschluß der Arbeiter verhindert werden konnte. Aber es blieb noch sehr lange allgemeine Auffassung, daß die Bedeutung eines niedrigen Reallohnes durch billige Einkaufsmöglichkeiten höher zu schätzen sei als die durch die Gewerkschaft zu erzielende Besserung des Nominallohnes. Auf diese Anschauung ist die Tatsache wohl nie ganz ohne Einfluß gewesen, daß wirtschaftliche Theorien in erster Linie durch solche Leute erfunden und verbreitet werden, die als Gelehrte Lehrer, Aerzte, überhaupt irgendwelche Mitglieder freier Berufe ihren Lebensunterhalt aus einem im großen und ganzen ein für allemal feststehenden Einkommen zu bestreiten haben. Aber nicht nur sie, sondern auch die Lohnarbeiter sahen sich doch in erster Linie als Konsumenten im Wirtschaftsprozeß an. Erst mit dem weiteren Aufsteigen der Arbeiterklasse und der Vertiefung der gewerkschaftlichen Theorien brach sich in höherem Maße die Erkenntnis Bahn, daß wichtiger als die Verteilung der Güter für den Lohnarbeiter die Verteilung des Profits an der Gütererzeugung sei, und daß die Erkämpfung eines höheren Lohnanteils unter Umständen für die Gestaltung des Reallohnes viel wichtiger sein könne als die Verbilligung der Waren. Abgesehen davon, daß der Arbeiter in immer weiterem Umfange gewisse Luxusbedürfnisse in seine Lebensansprüche aufnahm. Der Wunsch, soviel wie möglich vom Produzentennutzen in die Hand der Arbeiter überzuführen oder ihn womöglich ganz dem Arbeiter zugute kommen zu lassen, führte die Gewerkschaften zu dem sozialistischen Endziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die praktische Kleinarbeit, die die Gewerkschaften zu leisten hatten, vermochte zwar nicht, sie zur Aufgabe des Endziels zu veranlassen, zeigte ihnen aber doch immer wieder erneut die Länge des bis dahin zurückzulegenden Weges. Und als Folge davon ergab sich, daß die Gewerkschaftler den Abschlagzahlungen auf die Glückseligkeit im Zukunftsstaat d. h. den zu erringenden Lohnerhöhungen eine wachsende Bedeutung beilegten. Auf diese Weise waren sie in steigendem Maße gezwungen, am Kapitalismus Interesse zu nehmen. Sie lernten allmählich kennen, daß die Grenzen der Erreichbarkeit von Lohnzulagen durch die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen und durch die Prosperität ganzer Gewerbezweige gezogen sind, durch die die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen erst ermöglicht wird. Auf diese Weise nahm der Arbeiter immer mehr Interesse an der Produktion. Ihm wurde in erhöhtem Maße gegenwärtig, wie sehr er doch im Grunde genommen Produzent und am Ertrag der Produktion interessiert sei. In Deutschland wurde durch diese langsame Entwicklung des wirtschaftlichen Erkenntnisvermögens auf Umwegen das erreicht, was in England schon früher von den Unternehmern durch Beteiligungen der Arbeiter an den Preisen durch gleitende Lohnskalen zu erzwingen versucht worden war. Den Gipfelpunkt erreichte die geschildert moderne Entwicklung der Gewerkschaften

zu einer gewissen Gemeinsamkeit mit den Produzenteninteressen in gewissen Tarifverträgen mit dem Unternehmertum. Kennzeichnend dafür ist insbesondere der Tarifvertrag im Buchdruckgewerbe, in dem die Arbeitergewerkschaft mit dem Unternehmerverband den Schutz gegen Unterbietungen vereinbart: Die Gehilfen dürfen nicht in einem Betriebe arbeiten, der den anderen Betrieben durch Unterbietung Schleuderkonkurrenz macht und vom Verband als Schleuderbetrieb geächtet wird.

In den Tarifverträgen kommt von seiten der Arbeiter sowohl als auch von seiten der Arbeitgeber am treffendsten die Anerkennung des organisatorischen Gedankens an sich zum Ausdruck. Die Arbeitgeberverbände sind im Anfang meist aus dem Gedanken heraus gegründet worden, die Organisation der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Es war ein langer Weg von den ursprünglichen Gebilden, die man gewissermaßen als Aussperrungsgenossenschaften bezeichnen konnte, bis zur Anerkennung der Gewerkschaften und gar bis zur Bildung von Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitervereinen. Und auch die Gewerkschaften haben vielfach noch in den Anfängen die Arbeitgebervereine nicht bloß wegen ihrer meist antisozialpolitischen Tendenz, sondern im Grunde auch deshalb bekämpft, weil sie das Recht des Arbeitgebers auf Koalition als für sie schädlich überhaupt betrachteten. In der oben erwähnten Tarifgemeinschaft der Buchdrucker wie auch in anderen hochentwickelten Tarifverträgen tritt bereits, abgesehen von der Erkenntnis ihres Produzenteninteresses seitens der Arbeiter auch schon recht klar der ethische Gedanke des modernen Organisationsrechtes hervor. Nämlich die Anerkennung des Organisationszwanges, die Pflicht des einzelnen, sich durch Eintritt in die Organisation der Gesamtheit unterzuordnen. Dieses ethische Prinzip ist heute immer noch bei den Arbeitern viel höher und allgemeiner entwickelt als bei den Arbeitgebern. Man versteht die tiefe sittliche Verletztheit, die sich oft bei den Arbeitern bei den staatlichen Versuchen gezeigt hat, Gesetze zum Schutz der Arbeitswilligen zu schaffen, nicht völlig, wenn man sich klar macht, in wie hohem Maße die gesamten kulturellen Sicherheiten gefährdet sind, die der Arbeiter sich durch die Gewerkschaften errungen hat, wenn ihm die Möglichkeiten verschlossen werden, sich ggegen die zu wehren, die das organisatorische Prinzip ableugnen oder verletzen. Der Streikbrecher ist in der Vorstellungswelt des modernen Arbeiters zu einem sittlich minderwertigen Induviduum geworden, weil er die materielle Lebenshaltung der Gesamtheit seiner Genossen gefährdet. Wie immer im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß ist auch hier der Nützlichkeitsbegriff eines gesellschaftlichen Durchschnittes ins Moralische abgewandelt.

Eine ganz ähnliche Entwicklung wird sich sicher, wo es nicht schon geschehen ist, in einer nahen Zukunft bei den Unternehmern vollziehen. Und zwar nicht nur in den eigentlichen Berufsvereinen, die das Arbeitsverhältnis regeln sollen, sondern ebenso in den Kartellen und Syndikaten. Die Kartellteilnehmer selbst halten sich heute bereits innerlich durchaus für berechtigt, den außerhalb des Kartelles stehenden Fabrikanten und Händlern mit denselben Mitteln gegenüberzutreten wie die Arbeiter ihren verbandsbrüchigen Kollegen. Sie boykottieren ihn, sie schneiden ihm die Zufuhren ab. Nur ist hier die Abwandlung des wirtschaftlichen Nützlichkeitsbegriffes ins Moralische etwas erschwert. Die Arbeitskraft des Arbeiters, die dieser durch seine Koalition schützt, ist an sich natürlich etwas genau so rein Wirtschaftliches, wie der Profit, den der Unternehmer im Berufsverein und im Kartell schützt. Aber die wahre Arbeitskraft ist mit dem Menschlichen vollkommen verquickt. Ihr Schutz ist eine politische Forderung geworden. Von dem Wohl und Wehe der Arbeitsmassen hängen zuviel politische und soziale Gestaltungen ab. Man hat sich infolgedessen hier gewöhnt — vielleicht viel zu sehr gewöhnt —, das Wirtschaftliche zu übersehen und das Ethische zu betonen. Der Profit eines einzelnen Unternehmers oder einer Unternehmergruppe dagegen erscheint losgelöst von der menschlichen Existenz. Die allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen dem Gedeihen der einzelnen Unternehmungen und dem Gedeihen des gesamten Volkskörpers wird noch sehr wenig erkannt. Dem Profit haftet, wie allem Kapitalistischen, noch immer etwas Raubartiges, nicht auf offenem Markte zu Verteidigendes an. Und deshalb haben auch Gesetzgebung und Rechtsprechung, die heute durchaus geneigt sind, ethischen Wandlungen in der Auffassung über den Schutz der Warearbeitskraft Rechnung zu tragen, sich noch immer gescheut, den gleichen Schutz den Kartellbestrebungen der Unternehmer zu gewährleisten. Aber in den Unternehmerkreisen selbst beginnt sich doch allmählich das gleiche Gefühl für die Notwendigkeit der Organisation und dafür für die Minderwertigkeit des nicht Organisierten zu entwickeln. Und in der Tat ist da auch in beiden Fällen das gleiche im Moment gegen den Outsider ins Feld zu führen: Er genießt den Vorteil der Organisation, er nimmt an den hohen Preisen und an den hohen Löhnen teil, ohne mit seinen Berufsgenossen die Gefahren und die Lasten zu teilen. Er ist ein Schmarotzer. Und die organisatorische Auffassung der Zukunft wird ihn unter allen Umständen als minderwertig ächten. Diese organisatorische Idee, die heute so stark entwickelt durch die gesamte Privatwirtschaft geht und im Kriege ja vielfach bereits nutzbringend verwandt worden ist, braucht der Staat in Zukunft nur anzuerkennen und entsprechend auszubauen, um ein ausgezeichnetes Instrument für die Uebergangswirtschaft zu besitzen. Wenn er in Zukunft einen Zwang auf alle Individuen ausübt, den Organisationen beizutreten, so sanktioniert er im Grunde nur etwas, was gerade der wirtschaftlich tüchtigste und leistungsfähigste Teil in der Friedenswirtschaft der letzten Jahre bereits freiwillig getan hat. Und er erkennt damit an,

daß ein großer Teil der Leistungsfähigkeit, Betriebssicherheit und regulierender Ordnung der deutschen Wirtschaft schon im Frieden auf die starke Entwicklung des organisatorischen Prinzips zurückzuführen war. Er hätte gleichzeitig den Weg gefunden, auf dem er um die Schwierigkeit des staatlichen Selbstwirtschaftens herumkommt; die wirtschaftliche Arbeit leistet dann eben die Selbstverwaltung der einzelnen Industriezweige.

Diese Selbstverwaltung muß allerdings in weitgehendem Maße gefordert werden. Wenn sich in der Kriegswirtschaft zu einem Teil lebhafte Gegnerschaft gegen die Versuche der Zwangsorganisationen geltend machte, so richtete sie sich eigentlich nicht so sehr gegen das an sich gesunde Prinzip der Zwangsorganisation, sondern vielmehr gegen deren selbstverwaltungsfeindliche Verfassung. Immer wieder wurden die Klagen erhoben, daß die Industriellen eigentlich nicht nur im einzelnen Betrieb, sondern nicht einmal in ihrer Branche etwas zu sagen hatten, daß einerseits staatliche, geschäftsfremde Instanzen befahlen und daß andererseits die Mitwirkung der Gesamtbranche bei der Bestellung der Sachwalter aus dem Gewerbezweige selbst nicht genügend gewahrt war. G. B.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Revue der Presse.

Eines der wichtigsten Kriegsziele Englands ist bekanntlich die Vernichtung des deutschen Handels. Aber der Krieg stellt nun einmal alles auf den Kopf. Statt daß der deutsche Handel von dem englischen verdrängt wurde, wurde der englische von den Amerikanern und Japanern verdrängt. Da wird es den Engländern Angst um die Pflege ihres Ueberseegeschäfts nach dem Kriege, und so sucht man schleunigst für die Uebergangswirtschaft nach

Financial Facilities.

Diese „finanziellen Erleichterungen“ nach dem Kriege haben den englischen „Minister für den Wiederaufbau“ (Minister of Reconstruction) Dr. Addison gemeinsam mit dem Schatzamt beschäftigt, worüber die „Vossische Zeitung“ (8. Januar) berichtet. Die Uebergangszeit wird, so meinte der Minister, kritisch werden; denn etwa 5000 Munitionsfabriken werden dann ihre Friedensarbeit wieder aufnehmen, und wohl oder übel muß eine längere Periode der Unproduktivität die Folge sein. Man muß die Kosten dieser Einstellung zur Friedensarbeit bereitstellen und die Unternehmungen mit Rücksicht auf die namhafte Steigerung der Rohstoffe, der Löhne usw. mit reichlichen Kapitalien ausstatten. Auch müsse man für gewisse Handelszweige, namentlich für das Ueberseegeschäft, bedeutende Kredite bereithalten. Die Frage bewegt nun das „Comittee on Financial Facilities“, ob die englischen Banken diese finanzielle Belastung werden tragen können. Hierzu meint der Minister, daß die Finanzierung der englischen Industrien durch „Handelsorganisationen“ ungeheuer erleichtert werden wird, deren Notwendigkeit auch nach dem Kriege fortbestehen wird. Die Tage der kleinen Industrien auf individueller Grundlage seien vorüber. Fabrikanten und Händler müßten sich zu gemeinsamen Anstrengungen organisieren. Eine unorganisierte Industrie sei die Verzweiflung der Banken. — In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung der Londoner Royal Statistical Society wurde offen von der Gefahr einer drohenden Hungersnot für England und seine europäischen Verbündeten nach dem Kriege gesprochen. Das hiermit im Zusammenhange stehende Thema:

Die Welt-Ernährung nach dem Kriege

behandelt Fritz Zutrauen in der „Vossischen Zeitung“ (8. Januar). Natürlich kann es sich da nur um auf die bisher bekannt gewordenen Tatsachen gestützte Vermutungen handeln. So sollen in den Vereinigten Staaten und in Kanada gute Ernten in Frage stehen (in der Union für Winterweizen 2 Millionen Acres mehr als im Vorjahre). Auch in Deutschland dürfte der Anbau bedeutend vergrößert sein; für Oesterreich-Ungarn ist das noch zweifelhaft. Auf alle Fälle stehen genügend Reserven in den besetzten Gebieten Rußlands und in Rumänien zur Verfügung. Die anderen Länder werden auf Ueberseetransport von Getreide angewiesen sein. Schätzungsweise hat das Ausland während des Krieges seine Anbaufläche um 35 Millionen Acres erhöht. Infolge des um mehrere Millionen verringerten Bestandes der Bevölkerung wird eine vermutliche Ersparnis an Getreide in Höhe von etwa 1 Million Tonnen eintreten. Auch muß man die durchschnittlich höhere Verpflegungsration der mobilisierten Männer in Rechnung ziehen. Aus diesen Gründen wird man zu der Annahme gelangen, daß die erforderlichen Weltmengen an Brotgetreide vorhanden sein werden. Anders steht es allerdings um die Fleischernährung, wobei es feststeht, daß die Zahl der Rinder, Schafe und Schweine in Europa stark abgenommen hat. Der Uebersee-Fleischhandel hat bemerkenswert zugenommen. (Gesamtausfuhr 1913: 767 000 t; 1916: 915 000 t). Im allgemeinen ist das Bild für die Union, Kanada, Australien und Argentinien ziemlich unverändert. So gelangt man zu der Auffassung, daß für die Welternährung nach dem Kriege hinreichend Getreide und Fleisch zur Verfügung stehen wird. — Sehr beachtliche Ausführungen über

Geldmenge-Verminderung als Mittel zur Hebung unserer Valuta

bringt der „Welthandel“ (Deutsche Export-Revue, 28. Dezember 1917) aus der Feder Dr. Otto Heyn's-Nürnberg. Der Verfasser nimmt Bezug

auf eine auch im „Berliner Tageblatt“ (3. Juni 1917) zustimmend kommentierte Aeußerung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle, daß zur Valutaverbesserung eine Verminderung der Menge des umlaufenden Papiergeldes, sog. Kontraktion, das beste Mittel sei, übrigens eine englische Idee (Indien!). Der leitende Gedanke ist der, daß man dadurch das Geld im Inlande „rar“ machen und nach dem Prinzip der Quantitätstheorie eine Steigerung seines Wertes herbeiführen will. Je größer der Wert des Geldes im Inlande, desto höher seine Schätzung im Auslande, und damit steige auch der Kurs der Wechsel. Dr. Heyn macht nun in längeren Ausführungen auf die Achillesferse dieser „Theorie“ aufmerksam und warnt nachdrüklich davor. Nach seiner Meinung kann von einer Geldmengenverminderung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn keine Erhöhung des Valutakurses erwartet werden, eher ein eVerschlechterung. Das Inland würde nach dem Vorgange in Indien (1897/98) schwer unter der eintretenden Kreditkrise und der damit in Verbindung stehenden Verteuerung der Produktion zu leiden haben. — Die

Gründungen und Kapitalserhöhungen 1917

sind, wie das „Berliner Tageblatt“ (3. Januar) der Finanzzeitschrift „Die Bank“ entnimmt, noch mehr als im Jahre 1916 in Steigerung begriffen. Natürlich befinden sich viele Kriegsgesellschaften darunter. In Millionen Mark betragen die Neugründungen im ganzen Jahre 1917 bei den Aktiengesellschaften: 277,7; bei den G. m. b. H. 292,3, zusammen also 570,0 Millionen (gegen 317,3 1916). Die Kapitalserhöhungen (in Millionen Mark) ergeben folgendes Bild: Aktien-Gesellschaften: 571,8; G. m. b. H.: 124,6, zusammen 696,4 Mill. ℳ (gegen 299,6 im Vorjahre), eine an sich erstaunliche Tatsache für den deutschen Wohlstand. — Wie doch die Friedensverhandlungen mit Rußland bereits ihre Schatten vorauswerfen! Man begreift die ganze Angst der Schieber, Schleichhändler und Wucherer, wie überhaupt des gesamten Profit-Gesindels vor dem Frieden, wenn man die Berichte über einen

Preissturz im Kettenhandel

in demselben Blatte (29. Dezember 1917) liest. Als Folge von Brest-Litowsk sanken in Polen und in Oberschlesien gewisse „Preise“ wie folgt: Gute Schokolade, das Kilo zu 170 ℳ (!) auf 100 ℳ; Sardinen auf die Hälfte; Mehl um 200% (!); Wurst kostet das Kilo 2 ℳ weniger; Pelzwaren sanken um 200% (!); Maschinengarn (1000 Yards) von 1440 auf schon 1000 ℳ; Schuhsenkel (Groß) von 800 auf 500 ℳ; Seife ist um 20% billiger geworden usw. Zurzeit freilich können bei dem langsameren Verlaufe der Friedensverhandlungen die ehrenwerten Herren Wucherer wieder aufatmen. Das gute Geschäft blüht weiter. (A. d. R. In Berlin hat man von einem solchen Sinken der Preise „selbstverständlich“ nicht Notiz genommen.) — Es ist bereits als bekannt vorauszusetzen, daß eine

Revision der Kriegswuchergesetzgebung

beabsichtigt wird. Ueber die Richtlinien hat sich dem „Konfektionär“ (3. Januar) zufolge, der bayerische Justizminister v. Thelemann in der Kammer für Reichsräte geäußert. Danach soll vor allem der Begriff „Gegenstände des täglichen Bedarfs“ schärfer umgrenzt, die Berechnung des „Uebermäßigen Gewinns“ durch besondere Vorschriften sichergestellt werden. Als Kriegswucherstrafe soll in qualifizierten Fällen das Zuchthaus in Frage kommen, auch eventuell ein besonderes objektives Verfahren zur Einziehung des übermäßigen Gewinns vorgesehen werden. Im Anschluß hieran erscheint es uns wichtig, von der „Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern“ präzisierte Forderungen für diese Revision im Wortlaute hier wiederzugeben: 1. Bei der Bestrafung wegen Kriegswuchers darf dem Einzelfall keine ausschlaggebende Bedeutung beigelegt werden, vielmehr ist bei der Prüfung der Strafbarkeit das gesamte Geschäftsgebahren des Beschuldigten in Betracht zu ziehen. 2. Die gerichtliche Praxis, daß jede Ware gesondert zu kalkulieren ist, daß also Verluste bei anderen Waren bei der Kalkulation nicht einbezogen werden dürfen, führt zu unhaltbaren Konsequenzen. Es ist unmöglich, einen kaufmännischen Geschäftsbetrieb bei Einhaltung dieser Bestimmung ordnungsgemäß zu führen. Die Kriegsgesellschaften nehmen mit Wissen und Willen der Behörde und unbeanstandet durch das Kriegswucheramt solchen Gewinn- und Verlustausgleich vor. Dem Kaufmann muß daher das gleiche gestattet sein. 3. Mit Nachdruck muß verlangt werden, daß die Kriegsgesellschaften und die sonstigen mit der Warenbewirtschaftung befaßten Stellen den Bestimmungen des Kriegswucherrechtes ebenso unterworfen werden wie die Kaufleute. Die Kriegsgesellschaften stehen wie diese unter den allgemeinen Gesetzesbestimmungen und können für sich kein Ausnahmerecht beanspruchen. 4. Die Schließung des Geschäftsbetriebes darf in Zukunft nur auf Grund von richterlichem Urteil ausgesprochen werden. Die bisherige Praxis, wonach durch einfache Verfügung der Verwaltungsbehörde, ohne daß der Betroffene vorher gehört werden muß, und ohne daß ihm der Rechtsweg offen steht, entschieden wird, ist eine Rechtlosigkeit, die um so schwerer empfunden wird, als sie in den meisten Fällen für den Betroffenen die Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz bedeutet. Mit Bedauern hat die Südwestdeutsche Handelskammervereinigung davon Kenntnis genommen, daß auf der anderen Seite Bestrebungen bestehen, das Gesetz noch weiter zu verschärfen. Die beabsichtigte Ausdehnung auf 5 Jahre nach Friedensschluß erscheint viel zu weitgehend, und es wäre zu bedauern, wenn mit einem so langen Zeitraum bis auf Wiederkehr normaler Verhältnisse gerechnet werden müßte. Die in Aussicht genommene Bestimmung, daß lediglich der Verkäufer der Bestrafung unterliegt, während der Käufer von der Bestrafung befreit sein soll, ist gleichfalls abzulehnen. Endlich

muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß das Kriegswucherrecht auch auf die Vergütung von Leistungen ausgedehnt werden soll. Da beabsichtigt ist, die Arbeitslöhne von dieser Bestimmung frei zu lassen, stellt sie sich als eine gegen einzelne Teile des Gewerbestandes gerichtete Ausnahmebestimmung dar. Die Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern erwartet mit Bestimmtheit, daß bei der Neuordnung der Kriegswuchergesetzgebung dem Handelsstande nicht nur ausreichend Gehör geschenkt, sondern ihm auch aktive Mitwirkung durch Hinzuziehung von Vertretern des Kaufmannsstandes in die mit der Ausarbeitung der in Vorbereitung befindlichen gesetzlichen Vorschriften betraute Kommission zugestanden wird." Auch die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben in der gleichen Frage eine Eingabe an den Staatssekretär des Reichsjustizamts und das Reichs-Wirtschaftsamt gerichtet. — Die

Notlage der nachstelligen Hypothekare

ist durch die neue Hypothekenordnung vom 8. Juni 1916 nicht gerade verbessert worden und wiederholt Gegenstand von Erörterungen gewesen. Neuerdings beschäftigt sich Dr. Arthur Nußbaum-Berlin im „Berliner Tageblatt" (4. Januar) mit dieser Notorietät. Den zweiten Hypothekaren ist die praktisch ziemlich unbrauchbare Möglichkeit gegeben, nach durchgeführter Zwangsversteigerung, wenn das Gebot unzureichend ist und gewisse strenge Voraussetzungen vorliegen, die Vertagung des Zuschlags zu erwirken. Die Einstellung des vom ersten Gläubiger extrahierten Verfahrens vermag er aber nicht herbeizuführen. Hierbei ist er vielmehr an den viel günstiger gestellten Schuldner, den Grundstückseigentümer, der oft genug überhaupt nichts mehr zu verlieren hat, verwiesen. Dieser Eigentümer hat jetzt eine ungeahnte Gewinnmöglichkeit; ganz nach Belieben kann er den Einstellungsantrag stellen oder nicht, und er „verkauft" sich daher dem ersten oder zweiten Hypothekengläubiger, kurz dem, der mehr bietet. Die Abhilfe für diesen sonderbaren Zustand sieht Dr. Nußbaum in einem eigenen Recht, das dem Hypothekengläubiger an Stelle der bisherigen wirkungslosen Befugnisse gegeben werden soll, dem jus proprium, die Einstellung der Zwangsvollstreckung, unbeschadet der etwa dem betreibenden Gläubiger erwachsenden unverhältnismäßigen Nachteile, herbeizuführen. Dem stimmt das B. T. zwar zu, äußert aber doch zwei wichtige Bedenken. Einmal würde sich die Stellung des Ersthypothekars weiter verschlechtern, weil seinem Vorgehen auch der Nachhypothekar entgegentreten kann. Man dürfe dann die Gefahr nicht übersehen, daß sich das Privatkapital in kritischen Zeitläuften noch mehr vom Grundstückswesen zurückziehen kann. Zweitens liege eine gesetzestechnische Unmöglichkeit vor, die gewünschte Vergünstigung auf solche Fälle zu beschränken, in denen ein mittelloser Eigentümer dolos einen Vertagungsantrag nicht stellen will. Die natürlichsten Rechte des Schuldners ständen in Frage. Zu einer Stundung, die ja doch meist eine Vergünstigung ist, dürfe man niemand zwingen.

Umschau.

Rohstoffzentralen und Rostoffbelastung. Herr Dr. Karl Keller, Berlin-Lankwitz, schreibt mir: Der Syndikus der Handelskammer in Düsseldorf, Dr. Brandt, hat nach einem Bericht in Nr. 957 der Kölnischen Volkszeitung in einem Vortrage im Verbande Kölner Grossfirmen am 5. Dezember d. Js. zu meinem vor Jahresfrist geschriebenen Aufsatz „Einfuhrmonopole" Stellung genommen. Eine kurze Erwiderung auf die Ausführungen von Dr. Brandt erscheint mir umso angezeigter, als der Plan der Rohstoffzentralen sich als erweiterungsfähig erwiesen hat. Es hat sich z. B. ergeben, dass es zweckmässig wäre, die Tätigkeit der Zentralen in gewissem Umfange auch auf die inländische Rohstofferzeugung auszudehnen. Zwei Ziele werden von den Freunden der Rohstoffzentralen verfolgt: Deutschland eine schärfere Waffe für den handelspolitischen Kampf zu schaffen und die ungeheure Belastung der Industrie mit Steuern, die nach dem Kriege nicht zu vermeiden sein wird, durch volkswirtschaftliche Verbesserungen wenigstens zum Teil wieder auszugleichen. Die Stärkung unserer handelspolitischen Stellung soll durch eine Zusammenfassung unserer Nachfrage erreicht werden, ferner dadurch, dass wir durch Vorratswirtschaft und Weiterentwicklung unser eigenen Erzeugung von Rohstoffen (z. B. Flachs) oder Ersatzstoffen (Aluminium für Kupfer, Luftstickstoff für Salpeter, Nessel für Baumwolle usw.) unsere Abhängigkeit vom Auslande mildern. Die Gegengabe für die Belastung unserer Industrie soll in einer Abschwächung der Preisschwankungen der Rohstoffe und in der Förderung der Verbandsbildung bestehen. Aufgabe der Verbände wäre es, durch grössere Spezialisierung der Industrie und andere Mittel die Erzeugung zu verbilligen. Es ist richtig, dass für die Lösung von manchen dieser Aufgaben, wie z. B. für die Förderung der Vorratswirtschaft oder der Rohstofferzeugung befreundeter und benachbarter Gebiete, Zentralen nicht unbedingt erforderlich sind; aber erleichtert würde die Lösung dieser Aufgaben durch solche Zentralen doch wohl werden. Wie wichtig wäre es z. B. für die türkischen Baumwollpflanzer, wenn ihnen die deutsche Baumwollzentrale einen sicheren Absatz für ihre Erzeugnisse zur Verfügung stellen könnte. Dr. Brandt meint ferner, der Schutz unserer Ersatzindustrie könne auch durch Zölle erreicht werden. Zölle aber können als feste Aufschläge von dem ausländischen Exporteur in seinen Preis einberechnet werden. Es liegt sogar nicht ganz ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit, dass ausländische Rohstofftrusts, um unsere Ersatzindustrie zugrunde zu richten, sie planmässig zu unterbieten suchen. Hier hilft nur ein Monopol der Rohstoffzentrale, das vielleicht besser als Uebernahmemonopol statt als Einfuhrmonopol zu bezeichen wäre. Der Ausdruck „Einfuhrmonopol" ist jedenfalls insofern nicht ganz glücklich, als er das Missverständnis wachruft, der Einfuhrhandel solle ausgeschaltet werden. Das ist aber keineswegs der Fall; der Einkauf im Auslande soll wie bisher durch den allein sachkundigen Einfuhrhandel erfolgen; die Uebernahme durch die Zentrale würde erst bei Ueberschreitung der deutschen Grenze stattfinden. Ohne das Uebernahmemonopol der Rohstoffzentrale dürfte es ferner nicht möglich sein, auf dem inländischen Rohstoffmarkte die für die Industrie so wohltätige Preis-

ruhe zu erreichen, welche Verlusten durch Entwertung von Rohstoffvorräten vorbeugt und durch die Verminderung des Risikos den Zuflus von Kapital in die Industrie fördert. Dem Einwand, dass durch das Uebernahmemonopol der für manche Industrien, z. B. die Kammgarnspinnerei, unentbehrliche unmittelbare Einkauf des Spinners auf den ausländischen Märkten unmöglich gemacht werden würde, könnte dadurch begegnet werden, dass ein Angestellter der Spinnerei im Namen der Wollzentrale einkauft und zwar so, dass er hinsichtlich der Beschaffenheit der Wolle seine Weisungen vom Spinner, hinsichtlich des Preises von der Zentrale empfängt.

Die Rohstoffzentralen könnten zur Tragung der finanziellen Lasten des Reiches dadurch beitragen, dass sie von jeder Tonne der eingeführten oder im Auslande gewonnenen Hauptgrundstoffe unserer Wirtschaft eine Abgabe an das Reich zu entrichten hätten, die nach dem Gewicht zu bemessen wäre, aber durchschittlich einem bestimmten Teile des Wertes entsprechen müsste. Eine solche Abgabe erscheint unvermeidlich, wenn man bedenkt, dass der Mehrbedarf des Reiches 8—10 Milliarden Mark jährlich beträgt und dass alle Finanzsachverständigen darin übereinstimmen, dass diese Summe allein durch direkte und die gewöhnlichen indirekten Steuern keineswegs aufgebracht werden kann. Durch das Dazwischentreten der Zentrale dürfte die Abgabe für die einzelnen Betriebe erträglicher werden, als wenn sie ihnen unmittelbar auferlegt wird. Selbstverständlich müssten bei der Einfuhr von Halb- und Ganzerzeugnissen Ausgleichsabgaben von dem in ihnen enthaltenen Rohstoff erhoben werden; ferner wären zur Erleichterung der Ausfuhr Rückvergütungen zu gewähren. Die Rohstoffzentralen wären als Selbstverwaltungskörper von Handel und Industrie zu denken, nämlich als Gesellschaften m. b. H., denen je ein Reichsbevollmächtigter zur Seite stehen würde. Mitglieder dieser Gesellschaften würden die Verbände der Händler und ersten Verarbeiter sein. Diese Verbände wären in erster Linie durch freiwilligen Zusammenschluss, erst wenn dieser versagen sollte, mit Hilfe eines gewissen staatlichen Druckes zu bilden. Warum solche Organisationen für die Industrie nicht ebenso vorteilhaft sein sollten wie die freiwillig gebildeten Syndikate und Kartelle, ist nicht ersichtlich. Dr. Brandt hat an anderer Stelle ausgeführt, dass nur bei einer zeitlichen Begrenzung des Syndikats die technische Leistungsfähigkeit des Betriebes auf das Höchste gesteigert wurde, weil die Aussicht bestehe, bei einer neuen Festsetzung der Beteiligungsziffern einen höheren Anteil an der Erzeugung zu erhalten. Aber selbstverständlich müssten auch innerhalb eines Zwangsverbandes von Zeit zu Zeit die Beteiligungsziffern neu festgesetzt werden, auch müsste dafür gesorgt werden, dass nicht durch allzu harte Bedingungen für die Aufnahme neuer Betriebe eine Erstarrung der Industrie entsteht. Nur übertriebener Wettbewerb und Ueberproduktion sind zu vermeiden. Eine Politik, die das wirtschaftliche Eigeninteresse ausschaltet, wäre die grösste Torheit; darüber werden sich zweifellos die verantwortlichen Stellen im Reiche und in den Bundesstaaten vollständig klar sein.

Vorstoss der italienischen Bankwelt in Aegypten.

Herr E. Löwinger schreibt mir: Die Aktion der italienischen Bank „Banca di Roma“ nimmt unser Interesse aus zweierlei Gesichtspunkten stark in Anspruch. Erstens ist zu bedenken, dass dieses italienische Bankinstitut vor beiläufig zehn Jahren in grossem Ausmasse in Aegypten operiert hat aber mit so unsicherem Erfolg, dass es sich von diesen Geschäften zurückziehen musste. Das ägyptische Geschäft dieser Bank hätte fast die Existenz des ganzen Institutes in Frage gestellt, wenn nicht durch das Eingreifen der Regierung andere italienische Finanzgrössen dazu veranlasst worden wären, hilfreich die nötigen Gelder herzugeben. Die Bank „Banca di Roma“ wurde gestützt, und es ist ihr so möglich gemacht worden, über diese gefährliche Periode hinwegzukommen. Das alles scheint inzwischen die Leitung der „Banca di Roma“ vergessen zu haben, wenngleich die inzwischen in Tripolitanien erzielten Geschäftsresultate — vermittelst der dort errichteten Filialen — keineswegs ermutigend wirken sollten. Der zweite Punkt, der uns veranlasst, auf die Sache näher einzugehen, ist der, dass die „Banca di Roma“ in Tantah und Beni Suef Zweigniederlassungen errichtet hat mit der deutlich ausgesprochenen Absicht, die Erbschaft der Deutschen Orientbank anzutreten, die vor dem Kriege dort Filialen unterhalten hatte. Es will also jetzt die italienische Bank in die Fussstapfen treten, die das Deutsche Bankinstitut hinterlassen hat. Mit diesen Filialgründungen begnügt sich die „Banca di Roma“ nicht, sondern gleichzeitig sind auch Agenturen in Mehalle, Kebir und Magaga errichtet worden, so dass es sich zweifelsohne darum handelt, um Aegypten ein wenn

Warenmarktpreise für Dezember 1917.

	1.	11.	21.	31.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	—	—	—	—	cts. per bushel
Mais Chicago	119,62	123,12	127,12	126,37	cts. per bushel
Kupfer, standard London	110	110	110	110	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	121—125	121—125	121—125	121—125	£ per ton
Zinn London	295	301,50	308,50	280,50	£ per ton
Zink London	$67-68^{1}/_{2}$	50—54	50—54	50—54	£ per ton
Blei London	$29-30^{1}/_{2}$	$29^{1}/_{2}-30^{1}/_{2}$	$29^{1}/_{2}-30^{1}/_{2}$	$29^{1}/_{2}-30^{1}/_{2}$	£ per ton
Weissblech	30	30	30	30	sh per ton
Silber London	42,75	42,87	43,37	43,50	d per Unze
Quecksilber London	—	—	—	—	£ per Flasche
Baumwolle loco New York	30,90	31	31,10	32,15	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	22,03	22,44	22,44	22,99	d per Pfd.
Schmalz Chicago	24,25	24,35	24,75	23,45	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	11,15	12,15	12,15	12,50	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7 . . .	7,50	7,62	7,75	8,12	cts. per Pfd.

auch weitmaschiges Filialnetz zu legen, ein Vorgehen, das zweifelsohne auch auf politische Motive zurückzuführen ist; denn die wirtschaftliche Lage in Aegypten ist während der Kriegsjahre und besonders im Jahre 1917 keineswegs derartig, dass für neue Bankunternehmungen ein Anreiz gegeben wäre. In erster Reihe sind die Bankoperationen in Aegypten darauf zugespitzt, den Plantagenbesitzern Vorschüsse auf ihre Ernten zu geben. Gerade in Aegypten ist das aber, wie die „Banca di Roma“ wissen sollte, ein höchst gefährliches Unternehmen, weil die dort gebauten Artikel in ihrer Preisbestimmung sehr von der Spekulation abhängig sind. Das gilt ebensowohl für die Baumwolle wie für Zwiebeln und andere Produkte Aegyptens. Deshalb ist die Annahme berechtigt, dass die italienische Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, ihre politische und wirtschaftliche Position in Aegypten zu ärken. Andernfalls wäre das Vorgehen der „Banca di Roma“ nicht zu verstehen.

Gedanken über den Geldmarkt.

Wieder waren es die Verhältnisse auf dem Valutenmarkt, welche in den letzten zwei Wochen das meiste Interesse in Anspruch nehmen durften, und wieder kann man feststellen, dass das Ergebnis der Preisbewegungen für die Valuten der Mittelmächte ausnehmend günstig gewesen ist. Dabei darf man nicht vergessen, dass in die Berichtsperiode (allerdings vorübergehende) Stockung der Verhandlungen in Brest fällt und inzwischen auch die Aeusserungen Lloyd Georges und Wilsons vorlagen, welche einem raschen Kriegsschluss gewiss nicht förderlich erachtet werden können.

Hatte bisher die Reichsmark im Vordergrunde der Steigerung gestanden, so kann dieses Mal die österreichisch-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 16. Januar	*G.-V.:* Sangerhäuser Actien-Maschinenfabrik und Eisengiesserei vormals Hornung & Rabe, Brauerei Königstadt Actien-Gesellschaft, „Ocean“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Hamburg.
Donnerstag, 17. Januar	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* keine.
Freitag, 18. Januar	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* keine.
Sonnabend, 19. Januar	Bankausweis New York. — *G.-V.:* F. H. Hammersen Aktiengesellschaft Osnabrück, Emil Schmölder Spinnerei Aktien-Gesellschaft Rheydt.
Montag, 21. Januar	*G.-V.:* Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft, Wanderer-Werke vorm. Winklhofer & Jaenicke A.-G. Schönau bei Chemnitz, Adler-Brauerei vorm. Rudolph Dorst Aktiengesellschaft Düsseldorf, Aktiengesellschaft Schwabenbräu Düsseldorf.
Dienstag, 22. Januar	*G.-V.:* Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke „Glückauf“ Aktiengesellschaft, Anhaltische Kohlenwerke Halle a. S., Voigtländer & Sohn Aktiengesellschaft Braunschweig, Baugesellschaft Kaiser-Wilhelm-Strasse in Liq., Societätsbrauerei Waldschlösschen Dresden.
Mittwoch, 23. Januar	*G.-V.:* Neustädter Bank Neustadt i. Sa., Vereinigte Metallwarenfabriken A.-G. vormals Haller & Co. Altona-Ottensen, „Prestowerke“ Aktiengesellschaft Chemnitz, Grosse Casseler Strassenbahn Aktien-Gesellschaft, Erste Berliner Malzfabrik Aktiengesellschaft.
Donnerstag, 24. Januar	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Mannesmannröhrenwerke Aktiengesellschaft Düsseldorf, Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation Köln, Samlandbahn Aktiengesellschaft Königsberg i. Pr., Deutsche Bierbrauerei Aktiengesellschaft.
Freitag, 25. Januar	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation, Ernemann-Werke Aktiengesellschaft Dresden, Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft in Liq., Brauerei zum Feldschlösschen Aktiengesellschaft Dresden.
Sonnabend, 26. Januar	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Hugo Schneider Aktiengesellschaft Leipzig-Paunsdorf, Chemische Werke Phoniak Aktiengesellschaft Neuss, Aktiengesellschaft Hackerbräu München, Wiesbadener Kronen-Brauerei Akt.-Ges..
Montag, 28. Januar	*G.-V.:* Braunkohlen-Industrie und Handelsgesellschaft i. Liq, Automobil-Fuhrwesen Kandelhardt Aktien-Gesellschaft.
Dienstag, 29. Januar	*G.-V.:* Kaliwerke Aschersleben.
	Ausserdem zu achten auf: Abschlüsse und Bilanzen von Hypothekenbanken. Verlosungen: 20. Januar: Lütticher 2% 100 Fr.-Lose v. 1897, Pariser 3% 400 Fr.-Lose v. 1871, 22. Januar: Crédit foncier de France 3% Communal-Obligationen v. 1912, Pariser $2^1/_2$% 400 Fr.-Lose v. 1892.

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen

ungarische Krone die stärkere Erholung verzeichnen. Ihre Preissteigerung war zeitweise geradezu sensationell und lies deutlich erkennen, wie wenig Material auch in dieser Devise zum Angebot steht, wenn wirklich eine breitere Nachfrage eintritt. So hat die Krone in Holland bereits einen Stand von $32^3/_4$ erreicht, während sie im Zeitpunkt unserer letzten Betrachtung an dieser Stelle noch 27 notierte. Hierbei ist zu erinnern, dass der Kurs zur Zeit des grössten Tiefstandes dort ca. $20^1/_4$ war. Aehnlich ist die Bewegung in der Schweiz, wo ein Kurs von annähernd 59 erreicht wurde, das ist neun Centimes höher als vor etwa vierzehn Tagen, während noch vor einem Vierteljahr der Preis nicht viel über 39 war. Auch die Reichsmark hat sich wesentlich gebessert, wenn auch hier unverkennbar in den letzten Tagen nach der starken Steigerung eine gewisse Stabilität in die Kursentwicklung gekommen ist. Von den Entente-Valuten lassen sich gleichfalls Besserungen berichten, die aber bedeutend

hinter denen der Mittelmächte zurückblieben. Am Wenigsten hat hiervon der italienische Lire profitiert, und es ist interessant und erfreulich für uns zu beobachten, dass neben dem Rubel die grösste Entwertung jetzt der Lire aufzuweisen hat, während bis vor kurzer Zeit die Oesterreichisch-ungarische Krone diese Stelle einnahm.

Die starke Kurssteigerung der Reichsmark hat zur Folge gehabt, dass in der letzten Zeit die Effektenverkäufe vom neutralen Ausland hier kräftig zugenommen haben. Diese Tatsache steht keineswegs im Gegensatz zu dem wachsenden Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, für das ja gerade die Steigerung der Reichsmark ein deutliches Symptom ist; sie beruht vielmehr auf dem Wunsch der ausländischen Effektenbesitzer, die grossen Gewinne sicherzustellen, welche ihnen aus dem Erwerb der deutschen Effekten erwachsen sind. Man muss berücksichtigen, dass diese Werte vorwiegend zu einer Zeit besonders niedrigen Kursstandes der Reichsmark erworben wurden und dass zu dem infolge der jetzigen Steigerung erzielten Nutzen noch der Kursgewinn am Wertpapier hinzutritt, der infolge der beispiellosen Aufwärtsbewegung an den deutschen Börsen fast bei jedem dieser Papiere in Frage kommt. Vielmehr ist zu erwarten, dass die günstige Erfahrung bei diesen Geschäften bei Rückschlägen des Markkurses sehr schnell den deutschen Effektenmärkten wieder neue Käufer aus dem neutralen Auslande zuführen wird.

Bei den hiesigen Devisennotierungen ist es in der Berichtsperiode zu weiteren erheblichen Abschlägen gekommen und die Kurse sind den Weltparitäten im Allgemeinen jetzt wieder recht nahe gekommen. Mit dieser Annäherung an das internationale Niveau ist auch der Kurs für Wien und Budapest endlich aus seiner langen Erstarrung erlöst und hat eine kräftige Steigerung angetreten; er ist innerhalb zweier Wochen etwa $2^1/_2$ Mk. in die Höhe gegangen. Diese Besserung erleichtert die Verhandlungen, die augenblicklich zwischen Wien und Budapest einerseits und hier über das gegenseitige Finanzverhältnis für die noch folgende Kriegszeit schweben. So erscheint es sicher, dass die nach dem früheren Abkommen von hier zu gewährende monatliche Valutaanleihe beträchtlich ermässigt werden kann. Bei dem Zustandekommen eines Sonderfriedens mit Russland müsste man annehmen, dass der österreich-ungarische Bedarf auf diesem Gebiete noch weiter sinkt, da eine derartige Entlastung der Kriegführung der Doppelmonarchie die Innenwirtschaft leistungsfähiger machen und die Fähigkeit zu Exporten stärken wird.

Von den Vorgängen auf feindlicher Seite interessiert die Entwicklung des Status der Bank von Frankreich nach Abschluss der letzten Kriegsanleihe, die angeblich etwa fünf Milliarden Francs Barzeichnung erbracht haben soll. Es ist überraschend, wie gering die im Zusammenhang hiermit zu beobachtende Entlastung des Status der Bank ist, wie wenig sie namentlich die Schuldsumme des Staates verringert hat. Es findet sich in den letzten Wochen nur einmal unter den Ausweisen eine Ermässigung der Vorschusssumme an den Staat, und zwar am 20. Dezember, der diesen Posten mit 12 700 Millionen Francs angibt, während er vorher noch 13 Milliarden Francs war. Seitdem ist ein weiterer Rückgang nicht eingetreten. Es scheint also aus dieser Anleihe keine weitere Entlastung der Bank zu erwarten zu sein, da der Staat die späteren Einzahlungen, die in grösseren Zeiträumen eingehen, vollauf für die laufenden Ausgaben benötigen wird, so dass er zu Rückzahlungen an die Bank nicht weiter in der Lage sein dürfte. Vielmehr wird man mit einer raschen Vermehrung der schwebenden Schulden rechnen müssen, und das, was durch die eben emittierte Anleihe an älteren Verpflichtungen konsolidiert worden ist, wird von neuen schwebenden Schulden bald wieder überholt sein. So wird auch diese Kriegsanleiheemission, die übrigens nach so langer Emittierungspause nur einen ziemlich mässigen Erfolg bedeutet, das weitere Wachstum der unfundierten Verbindlichkeiten nur kurze Zeit aufhalten.

Die gewaltige wirtschaftliche Umwälzung, welche der Eintritt in den Krieg den Vereinigten Staaten gebracht hat, findet durch die Erschütterungen der Börsen wie durch die vielen staatssozialistischen Massregeln, so augenblicklich die Uebernahme des Eisenbahnbetriebes durch den Staat, beredten Ausdruck. Wie sehr aber auch das Geldwesen hiervon berührt ist, ersieht man aus der ausserordentlichen Steigerung des Bedarfs an Zahlungsmitteln, die seit der Teilnahme am Kriege in Erscheinung getreten ist. Unter Anderem zeigt sich dies auch aus dem raschen Wachstum der neuen Bundesreservenoten. Im vorigen Frühjahr war für die Bundesreservebanken zur Erweiterung der Umlaufsmöglichkeiten die direkte Ausgabe von Noten gestattet worden, während bisher fast ausschliesslich die Noten der Nationalbanken den Zirkulationsbedarf befriedigten. Es existierten Bundesreservenoten vor Erlass der neuen Verordnung nur etwa 375 Millionen Dollar, die fast vollständig durch Gold gedeckt waren; Ende vorigen Jahres war diese Summe bereits auf über eine Milliarde Dollar gestiegen, während die Golddeckung nur noch wenig mehr als 60 Prozent betrug. Angesichts des Anschwellens der Zettel kann man verstehen, dass es dem amerikanischen Schatzsekretär bei den japanischen und spanischen Goldansprüchen an die Union recht unbehaglich werden musste. Die Ausfuhrerschwerungen, welche Washington infolgedessen eingeführt hat, haben diesen Goldabflüssen wohl Einhalt getan, sie bedeuten aber ein recht fragwürdiges Schutzmittel, da sie nicht wenig zu der heftigen Entwertung des Dollar und damit auch der übrigen Ententedevisen während der letzten sechs Monate in den neutralen Ländern beigetragen haben.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Begründet von Julius Wolf. Fortgeführt von Dr. Ludwig Pohle, Prof. der Staatswissenschaft an der Universität Frankfurt a. M. Leipzig 1917. A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Werner Scholl. Preis 5.— *M.* vierteljährlich.

1917. Heft 4. u. 5. Die parlamentarische Kabinettsregierung. Von W. Hasbach. — Die Mindestlohngesetzgebung für Heimarbeiterinnen in Frankreich. Von Dr. Chr. Pesl. — Kinderzahl und Kindersterblichkeit. (Schluss) Von R. Manschke. — Die wirtschaftliche Bedeutung Antwerpens. II. Von P. Arndt.

Gegenwart und Zukunft der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland und Oesterreich. Von Ingenieur Max Ried, Wien-Berlin und Wien 1917. Preis 3.— *M.*

Die Frage der privaten und öffentlichen Elektrizitätsversorgung. — Der Krieg und die Elektrizitätsversorgung. — Die allgemeinen Grundlagen einer staatlichen Elektrizitätswirtschaft. — Die Elektrizitätsversorgung in Deutschland. — Preussen. — Bayern. — Baden. — Sachsen. — Württemberg. — Zusammenfassung. — Die Elektrizitätsversorgung Oesterreichs. — Entwicklung und gegenwärtiger Stand. — Die Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft. — Die gemeinwirtschaftliche Elektrizitätsversorgung und die Erschliessung neuer Einahmequellen für den Staat. — Richtlinien für gemeinwirtschaftliche Elektrizitätsversorgung Oesterreichs.— Literaturnachweis.

Die künftigen Handelsbeziehungen zwischen Russland und Skandinavien. Unter Benutzung skandinavischer Quellen. Von Otto Seligmann, Hamburg. Hamburgische Forschungen. Wirtschaftliche und politische Studien aus hanseatischem Interessengebiet. Herausgegeben von K. Rathgen und F. Stuhlmann, Hamburg, Braunschweig, Berlin. Verlag von Georg Westermann.

Heft 2. Veränderung des deutschen Einflusses. Schritte der russischen Regierung. — Russische Handelsbewegung, Industrie Verkehrspläne. — Schwedische Vorarbeiten. — Dänemarks Bemühungen. — Norwegische Bestrebungen.

Schwierige Fälle und allgemeine Lehrsätze der kaufmännischen Buchführung. I. Band: Praxis der Buchhaltung. Ein Hand- und Nachschlagebuch für Buchhalter, Vorstände und Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften, Verwaltungsbeamte, Juristen und Lehrer der Buchhaltung. Von Manfred Berliner. Von der Handelskammer zu Hannover öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor. Hannover und Leipzig 1917. Hahnsche Buchhandlung. Preis 7.50 *M.*

Neuzeitliche Buchhaltungsformen. — Seltener vorkommende Buchungen und Konten. — Bare Zahlungen. — Wechsel. — Bankgeschäftliches. — Bilanzen und Abschlüsse im allgemeinen. — Offene Handelsgesellschaft, Kommandit-Gesellschaft; Stille Gesellschaft, — Aktien-Gesellschaften. — Gesellschaften m. b. H. Gewerkschaften. — Aus Fabrikbetrieben. — Verschiedenes.

Die Kriegsziele der kämpfenden Völker. Zusammengestellt von Ludwig Carriere. Berlin 1917. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) Preis g. h. 2.80 *M.*, geb. 4.— *M.*

Grenzfragen. — Einleitung. — Die westliche Reibungszone. — Grundlagen. — Forderungen. — Die Alpen. — Geographische und geschichtliche Grundlagen. — Forderungen. — Die Adria. — Geographische und geschichtliche Grundlagen. — Interessen und Kriegsziele. — Der Balkan. — Geschichtliche und geographische Grundlagen. — Kriegsziele. — Russland. — Grundlagen. — Kriegsziele Russslands. — Kriegsziele der Mittelmächte. — Vorderasien und Nordostafrika. — Vorderasien. — Geographische und geschichtliche Grundlagen. — Aufteilung der Türkei durch die Entente. — Kriegsziele der Mittelmächte. — Nordostafrika. — Geographische und geschichtliche Grundlagen. — Kriegsziele der Mittelmächte. — Afrikanische Kolonien. — Kriegsziele Englands und Deutschlands. — Ostasien und Stiller Ozean. — Grundlagen und Interessen. — Ziele. — Andere Fragen. — Wirtschaftliche. — Dynastische. — Pazifistische: Einleitung. — Nachwort.

Nahrungspielraum und Menschenzahl. Ein Blick in die Zukunft. Von Dr. Julius Wolf, Prof. der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule zu Berlin. Stuttgart 1917. Verlag von Ferdinand Enke. Preis 1.40 *M.*

Malthus — Manschenvermehrung bisher — Fruchtbarkeit in der Tierwelt. — Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion. — Die beschränkten Naturvorräte in der Welt. — Das sogenannte Gesetz des sinkenden Bodenertrages in der Anwendung auf einen weiteren Bereich: Gesetz des Optimismus. — Das Gesetz der technisch ökonomischen Entwicklungsgrenze. — Das Gesetz des Kapitalentwertungswiderstandes. Die Leistung unserer Zeit und der mögliche Fortschritt der Zukunft. — Tendenzen der Menschenverwertung weiterhin. — Weltpolitische Ausblicke. — Schluss.

Wenn der Friede kommt. . . Von Dr. Ernst Mayer. München 1917. Druck und Verlag G. Franzsche Hofbuchdruckerei. Preis 0.90 *M.*

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Berlin 1917. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H. Preis 0.60 *M.*

II. Heft. Die Aufgabe des Stockholmer Kongresses. Von Heinrich Peus. — Deutsch russische Wirtschaftsbeziehung in Vergangenheit und Zukunft. Max Schippel. — Die Türkei, Russland und Europa. Von Hermann Kranold. — Arbeiterausschüsse. Von Friedrich Kleeis. — Einleitung zu einer Betrachtung des Morgenlandes. Von Dr. Adolf Behne.

Die flämische Literatur im Ueberblick. Mit besonderer Berücksichtigung von Guido Gezelle. Von Dr. Franz Jostes, Prof. der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Münster. M.-Gladbach 1917. Volks-Vereins Verlag. Preis 0.80 *M.*

Hendrik Conscience. Von Dr. Franz Jostes, Prof. d. deutschen Sprache und Literatur an der Universität Münster. M-Gladbach 1917. Volks-Vereins Verlag. Preis 0.80 *M.*

Einleitung. — Kindheit und Knabenjahre. — Conscience als Schulmeister. — Im bunten Rock. — Er wird gedruckt. — Der Löwe von Flandern. — Vom Politiker zum Blumengärtner. — Auf der Höhe des Schaffens. — Vom Bartsenger zur langen Pfeife. — Im Hafen. — Consciences Persönlichkeit. — Conscience und die literarische Kritik. — Die selbständig erschienenen Schriften Consciences.

Die Zukunft in Marokko. Von Dr. Bernhard Stichel, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts. Mit einem Geleitwort von Dr. Franz Stuhlmann, Geh. Reg.-Rat, und einer Karte. Berlin 1917. Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). Preis 1.— *M.*

Geleitwort. — Vorwort. — Einleitung. — Was ist Marokko? — Unsere Interessen in Marokko. — Unsere Rechte in Marokko. — Die marokkanische Schlacht. —

Marokko als französische Kolonie. — Ein deutsches Marokko. — Schluss. — Literatur. — Zeitungen und andere Publikationen.

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Von Robert Liefmann. 1. Band. Grundlagen der Wirtschaft. Stuttgart und Berlin 1917. Deutsche Verlagsanstalt. Preis geh. 16.— ℳ, geb. 18.50 ℳ.

1. Teil. — Heutiger Zustand der Wirtschaftstheorie und ihre Grundfehler. — Der heutige Zustand der Wirtschaftstheorie. — Neuere Richtungen und Bestrebungen in der Wirtschaftstheorie. — Grundfehler der bisherigen ökonomischen Theorien 1. — Grundfehler der bisherigen ökonomischen Theorien 2. — 2. Teil. — Objekt, Wesen und Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft. — Das Objekt der ökonomischen Wissenschaft. — Das Wesen der Wirtschaftswissenschaft. — Die Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft. — Die Methode der Wirtschaftswissenschaft, meine Ziele und meine Kritiker. — 3. Teil. — Das Wesen des Wirtschaftlichen. — Die bisherigen Ausgangspunkte und Grundbegriffe der ökonomischen Theorie. — Das wirtschaftliche Prinzip. — Das Wesen des wirtschaftlichen Handelns. — Die Mittel des Wirtschaftens. — Wirtschaft und Technik. — 4. Teil. — Das wirtschaftliche Handeln und der Konsumertrag. — Die Konsumwirtschaft und die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. — Nutzen und Kosten in der Konsumwirtschaft. — Der Konsumertrag und der Ausgleich der Grenzerträge. — Erläuterungen zu dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge in der Konsumwirtschaft. — Der Konsumertrag und die Güter. — 5. Teil. — Die Kosten. — Der allgemeine Kostenbegriff. — Kosten und Kostengüter. — Die Aufwendung von Kosten. — Die Schätzung der Kostengüter in der Konsumwirtschaft. — Arbeit und Kostengüter in der Erwerbswirtschaft. — Kostengüter und Wertzurechnung. — Die Geldrechnungsformen der Kosten. — Das Kapital. — Arten des Kapitals. Ertragswert und Vermögen. — Kurze Zusammenfassung des Gedankenganges.

Die Zukunft des deutschen Buchhandels. Von Wilhelm Junk. Berlin 1917. Geschäftsstelle der Deutschen Buchhändlergilde. Preis 1.— ℳ.

Wucher und Wucherbekämpfung im Krieg und Frieden. Von Dr. Heinrich Lehmann, Prof. und Oberlandesgerichtsrat in Jena. Leipzig 1917. A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Werner Scholl. Preis 1.— ℳ.

Die Sozialisierung des Privatrechts durch den Krieg und der Kampf mit dem Eigennutz. — Geschichtlicher Rückblick über die Entwicklung des Wucherrechtes. — Seine Abhängigkeit von den individualistischen oder sozialistischen Grundanschauungen der verschiedenen Zeitabschnitte. — Kritik des geltenden Friedenswucherrechts. — Das Kriegswucherrecht. — Höchstpreisgesetzgebung. — Massnahmen gegen übermässige Preissteigerung. — Bekämpfung des Kettenhandels. — Zusammenfassende Würdigung. — Weitere Ausgestaltung der Kriegswucherbekämpfung. — Frage der Beibehaltung des Kriegswucherrechts.

Bundesstaatliche Finanzpolitik. Mit besonderer Rücksicht auf die schweizerische Finanzreform. Von Dr. Eugen Grossmann, Prof. an der Universität Zürich. Zürich 1917. Verlag von Rascher & Cie. Preis 1.20 Fr. 1.50 ℳ.

Einleitung. — Die Verteilung der Lasten. — Die Verteilung der Finanzquellen. — Das Finanzausgleichsproblem in der schweizerischen Bundesfinanzreform. — Anhang. — Zur Frage der eidgenössischen Besitzsteuer.

Die Kosten der deutschen Zivil- und Strafsachen, ihre Fehler und deren Beseitigung. Von Dr. jur. Bartsch von Sigsfeld, Laaphse.

Einleitung. — Die Kosten der Justiz in den Zivil- und Strafsachen. — Zivilsachen. — Strafsachen. — Verfehlte Einzelgebiete im Justizkostenwesen. — Die Justizreform, eine Anwaltsgebührenfrage. — Die allmähliche Entwicklung der Justizreformbewegung. — Die Grundfehler des Justizkostenwesens. — Die wirtschaftliche Unmöglichkeit des rechtsgelehrten Kleinprozesses. — Das Kostenwesen und die gerichtlichen Vergleiche. — Die übermässige Belastung der unstreitigen Klagen. — Die zwecklosen Schäden der Zwangsvollstreckung.

Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Herausgegeben von Reichsrat Dr. Georg von Schanz in Würzburg, und Geh. Reg.-Rat Dr. Julius Wolf in Berlin. Stuttgart 1917. Verlag von Ferdinand Enke. Preis 2.— ℳ. Heft 35.

Oesterreich-Ungarns Volkswirtschaft im Weltkriege. Von Dr. Moritz Dub, Wien. Preis geb. 3.— ℳ. Heft 36 der Finanz- und volkswirtschaftl. Zeitfragen

Die wirtschaftlichen Grundlagen beim Kriegsausbruch.— Die Umstellung zur Kriegswirtschaft. — Die Geldbeschaffung für den Krieg. — Geldwert und Wechselkurs. — Die Probleme der Friedenswirtschaft.

Deutsche Orden und Ehrenzeichen. Von Dr. Max Pollaczek. — Bücher des Wissens. Bd. 166. Berlin und Leipzig. Hermann Hillger Verlag. Preis geb. 0.90 ℳ.

Vorrede. — Ordenswesen. — Verschiedene Ausführungen über die einzelnen Orden.

Deutschlands Kriegslasten und seine wirtschaftliche Kraftquellen. Von Bankdirektor Julius Steinberg (Bonn). — Deutsche Kriegsschriften. 22. Heft. Bonn 1917. A. Markus & E. Webers Verlag (Dr. jur. Albert Ahn) Preis 0.80 ℳ.

Kriegskosten und Reichsschulden. — Massregeln zur Deckung. — Deutsche Spargelder. — Zunahme der mechanischen Kraftquellen. — Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion.— Bedeutsame Zukunftsmöglichkeiten. — Erfindungen und Fortschritte im Kriege.— Menschen-Oekonomie. — Deutschlands Ein- und Ausfuhr. — Sparsamkeit im privaten und öffentlichen Leben. — Volksvermögen und Geldwert. — Ertragreiche Steuern. — Reichsmonopole.

Die Handelsresultanten der kriegführenden Mächtegruppen. Berechnet, gezeichnet und erläutert von S. Zuckermann. Berlin 1917. Verlag: Russischer Kurier. Berlin NW. 52. Preis 20.70 ℳ.

Vorwort. — Deutschland. — Oesterreich-Ungarn. — Türkei. — Bulgarien. — Russland. — England. — Frankreich. — Italien. — Belgien. — Serbien. — Rumänien. — Japan. — Vereinigte Staaten von Nordamerika. — Der Anteil der kriegführenden Länder an der Ein- und Ausfuhr eines jeden Landes. — Die Handelsresultanten der kriegführenden Mächtegruppen.

Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden. — Unter Mitwirkung von Bezirksamtsassessor N. A. Fischer. Priv.-Doz. Dr. B. Gossner, Geh. Rat, Prof. Dr. N. v. Gruber, Dr. E. Keup. Herausgegeben von J. F. Lehmann. München 1917. J. F. Lehmanns Verlag. Preis 1.— ℳ.

Vorwort vom Herausgeber. — Siedlungsmöglichkeiten. Von Dr. E. Keup. — Deutschlands Nahrungsbedarf. — Weltwirtschaft. Von Bezirksamtsassessor K. A. Fischer. — Handelsflotten der kriegführenden Mächte. — Schiffahrt. — Kohle. Von Priv.-Doz. Dr. B. Gossner. — Eisenerz. Von Dr. B. Gossner. — Erdöl. Von Dr. B. Gossner. — Scheidemannscher Frieden oder Deutscher Frieden? Von Geh.-Rat Dr. M. v. Gruber. — Finanzen. Von Bezirksamtsassessor K. A. Fischer. — Schlusswort.

Ein Liller Roman. Von Paul Oskar Höcker Berlin 1917. Verlag von Ullstein & Co. Preis. 6.— ℳ

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Dr. iur. Paul Ertel-Berlin.